**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/4999**

20. 06. 96

# Beschlußempfehlung und Bericht

## des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Uta Zapf, Gernot Erler, Volker Kröning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD**
**– Drucksache 13/4567 –**

## Umfassendes Atomteststoppabkommen

### A. Problem

Atomtests bedrohen Leben und Gesundheit und führen zu schwerwiegenden ökologischen Folgen. Die Fortsetzung der Atomtests könnte zudem als Signal angesehen werden, daß die Nuklearmächte dem langfristigen Ziel der Abrüstung bis zur Abschaffung dieser Waffen nicht entgegenwirken.

Der Abschluß eines umfassenden Atomteststoppabkommens ist ein wichtiger Meilenstein im Bereich der nuklearen Abrüstungsbemühungen, da es nicht nur die quantitative Nichtverbreitung von Nuklearwaffen unterstützt und zur qualitativen Abrüstung dieser Waffen beiträgt, sondern auch von großer ökologischer Bedeutung ist.

### B. Lösung

Weiterhin aktives Einsetzen für einen baldigen Abschluß eines universellen und zuverlässig verifizierbaren Abkommens über einen umfassenden Atomteststopp.

**Mehrheit im Ausschuß**

### C. Alternativen

Keine

### D. Kosten

Keine

## Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Dem Antrag – Drucksache 13/4567 – wird in folgender Fassung zugestimmt:

**Umfassendes Atomteststoppabkommen**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung des Moskauer Atomgipfels, bis zum September einen Vertrag über einen umfassenden Nuklearen Teststopp (CTBT) schließen zu wollen.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Absicht, die in der Gipfelerklärung zum Ausdruck kommt, daß jede Kernwaffentestexplosion und jede andere Kernexplosion verboten werden sollen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung dazu auf, im Rahmen der Verhandlungen verstärkt darauf zu drängen, daß das Abkommen so transparent wie möglich gestaltet wird und daß Vor-Ort-Inspektionen vereinbart werden.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, darauf zu dringen, daß die Verhandlungen zu einem generellen Verbot der Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper (cut-off) schnellstmöglich abgeschlossen werden.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich erneut und mit Nachdruck für die Schaffung eines internationalen Spaltstoff-Kontroll-Systems einzusetzen, das aus der nuklearen Abrüstung freiwerdendes Hochangereichertes Uran (HEU) und Plutonium, aber auch sensitives ziviles Material in den Kernwaffenstaaten, unter Sicherheitsmaßnahmen der IAEO stellt.

Begründung

Der umfassende Atomteststopp soll einerseits ein Vertrag sein, der die quantitative Nichtverbreitung unterstützt, indem er die Zahl der Kernwaffenstaaten auch künftig begrenzt. Andererseits soll es ein Schritt zur umfassenden nuklearen Abrüstung sein, gemäß Verpflichtung aus Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrages, indem er auch einen Beitrag zur qualitativen Abrüstung leisten soll. Darüber hinaus hat das Atomteststoppabkommen auch große ökologische Bedeutung.

In diesem Sinne haben sowohl der Deutsche Bundestag als auch die Bundesregierung (Drucksachen 12/5115 „Sofortige Einstellung aller Atomwaffentests" und 13/398 „Unbefristete und unkonditionierte Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrages") sich für ein verifizierbares und universelles Abkommen über einen umfassenden Atomteststopp eingesetzt.

Bonn, den 19. Juni 1996

**Der Auswärtige Ausschuß**

**Dr. Karl-Heinz Hornhues**
Vorsitzender

**Dr. Friedbert Pflüger**
Berichterstatter

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**
Berichterstatter

**Ludger Volmer**
Berichterstatter

**Dr. Olaf Feldmann**
Berichterstatter

# Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Ludger Volmer und Dr. Olaf Feldmann

## I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 13/4567 in seiner 105. Sitzung am 10. Mai 1996 an den Auswärtigen Ausschuß federführend und an den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Auswärtige Ausschuß hat seinen Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle zu diesem Antrag um eine gutachtliche Stellungnahme gebeten.

## II.

Der Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. Juni 1996 gutachtlich beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. – gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Gruppe der PDS – empfohlen, den Antrag in der Fassung der interfraktionellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. anzunehmen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. Juni 1996 behandelt und in Kenntnis der im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses erarbeiteten interfraktionellen Fassung von einer weiteren Beratung abgesehen.

## III.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 19. Juni 1996 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags in der Fassung der interfraktionellen Beschlußempfehlung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. empfohlen.

Bonn, den 19. Juni 1996

| **Dr. Friedbert Pflüger** | **Gert Weisskirchen (Wiesloch)** | **Ludger Volmer** | **Dr. Olaf Feldmann** |
|---|---|---|---|
| Berichterstatter | Berichterstatter | Berichterstatter | Berichterstatter |

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333